

*Delme Reporter 21.10.07*



Kein Platz mehr frei: Das Thema B212 ließ die Bürger in Scharen zur Ausschuss-Sitzung strömen.

Foto: Brandt

# „Gemeinsam Druck ausüben“

Bürgermeisterin Gerken-Klaas wirbt für gemeinsames Vorgehen gegen Bremen

VON RUDOLF BRANDT

Das Reizthema B212 lockte zahlreiche Bürger zur Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung.

**GANDERKESEE** Einstimmigkeit im Ausschuss herrschte am Mittwoch in dem Punkt, der Planungsüberlegung der Stadt Delmenhorst für eine Umgehungsstrasse westlich des Stadtgebiet eine Absage zu erteilen. Einem von den Grünen und UWG gestellten Antrag, eine B212 neu abzulehnen, egal in welcher Streckenführung, folgte der Ausschuss nicht.

Ein besonderer Dorn im

Auge war den Bürgern der Ratsbeschluss der Stadt Delmenhorst in Punkto Stadtumgehung über Ganderkesee Gebiet.

Dies wies der als Gast geladene Erste Stadtrat Gerd Linderkamp vehement zurück: „Die Stadt Delmenhorst plant nicht eine Westumgehung, sondern nur eine Verbindung der B212neu zur A28; darüber müssen wir gemeinsam mit Ganderkesee sprechen.“ Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas erwiderte: „Dann wäre die Rücknahme des Beschlusses doch schönes politisches Signal.“

In zahlreichen Wortmeldungen bekundeten die Bürger und der Ortsverein ihren Unmut über die entstehenden Unannehmlichkeiten

aufgrund des zunehmenden Verkehrs und des Lärms. Besonders Bremen wurde kritisiert: Die Sturheit und Arroganz mit der es zu Lasten der Gemeinden eine südliche Trasse der B212 plane, habe wegen des Verkehrsaufkommens für Delmenhorst und Ganderkesee schwerwiegende Folgen. Gerd Linderkamp sah das genauso, und sprach: „Ich sehe die Nachbarn Delmenhorst und Ganderkesee als Opfer.“

Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas: „Wir müssen gemeinsam mit Delmenhorst Druck auf Bremen ausüben, die geplante nördliche Streckenführung der B212 muss neu durchleuchtet werden. Dieses Straßenbauprojekt ist eine Bundesangelegenheit,

wir müssen gemeinsam mit Delmenhorst eine Verlagerung des Durchgangsverkehrs auf Stadt und Gemeinde verhindern. Dazu müssen der Kommunalbund und die Landesbehörde für Straßen und Verkehr eingeschaltet werden.“

Mit Mehrheit wurde ein Antrag der FDP angenommen, in dem der autobahnmäßige Ausbau der Lücke zwischen A281 und A1 auf Bremer Gebiet gefordert wird, bevor die neue B212 gebaut wird. Ein generelles „Nein“ zur neuen B212 konnten Bürger und Ortsverband mit ihrer Forderung indes nicht erreichen. Aber Rat und Verwaltung wollen eine Prüfung der nördlichen Streckenplanung veranlassen.